

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

Sitzungsleitung: OB Dr. Zinell

Anwesend: Banholzer
Bauknecht
Bendigkei
Dr. Bett
Brantner (ab 17.10 Uhr)
Flaig
Hettich
Khazzoum
Pfundstein
Roth
Schneider
Teufel
Dr. Winter
Fahrner
Dr. Günter
Klaussner (ab 18.00 Uhr)
Dr. Kügler
Much
Ringl-Klank
Aberle
Dein
Kuhner
Neudeck
Rapp
Steidinger
Graf
Himmelheber
Richter (ab 17.20 Uhr)
Rohrer

Mit beratender Stimme: Ortsvorsteher Köser
Ortsvorsteherin Schmid

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

Tagesordnung:

1. Feststellung des Haushalts 2008
2. Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung – Wirtschaftsplan 2008
3. Eigenbetrieb Spittel-Seniorenzentrum – Wirtschaftsplan 2008
4. Neukalkulation der Abwassergebühr zum 01.01.2008 und Änderung der Abwassersatzung
5. Eigenbetrieb Stadtwerke e.K. – Wirtschaftsplan 2008
6. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)
7. Bebauungsplan „Erweiterung/Änderung Stadtpark-Sonnenberg“ mit Umweltbericht
 - Aufstellungsbeschluss
 - Änderung FNP 98 der VVG Schramberg
8. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten Rottweil und Schramberg
9. Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebes Stadtwerke Schramberg e.K.
10. Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebs Spittel-Seniorenzentrum
11. Förderung der Teilnahme an Mittagessen im Rahmen der Ganztagesbetreuung an Schulen
 - Antrag ödp/Buntspecht
12. Umbau „Alte AOK“ zur Ganztageschule – Abrechnung
13. Einwohnerfragestunde
14. Abschlagszahlungen an Träger von Kindergärten
 - Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
15. Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

Beginn der öffentlichen Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Die Beratung umfasst die §§ 82 - 96

Zur Beurkundung

Vorsitzender:

Gemeinderat:

Schriftführer:

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 82

Feststellung des Haushalts 2008

Beratungsgrundlagen Vorlagen Nr. 170/2007, 171/2007, 172/2007, 176/2007, 178/2007 und 202/2007

OB Dr. Zinell:

verweist auf die bisherigen Beratungen. Offen war noch eine Anfrage, die darauf abzielte, die Mittel für den Bau der Haldenhofbrücke im Jahr 2008 zu veranschlagen und im Gegenzug den Ausbau der Bergstraße und beispielsweise auch Maßnahmen am Dach der Turn- und Festhalle Sulgen auf das Jahr 2009 zu verschieben. Nach Gesprächen mit möglichen Bauinteressenten gehe man davon aus, dass der Ausbau der Bergstraße auf 2009 verschoben werden kann. Grundsätzlich könne auch die Maßnahme am Dach der Turn- und Festhalle Sulgen auf 2009 verschoben werden, wengleich der Fachbereich Umwelt und Technik hiergegen Vorbehalte habe.

StR Banholzer:

stellt den Antrag, die Bau der Haldenhofbrücke auf 2008 vorzuziehen und den Ausbau der Bergstraße zu verschieben. Beide Maßnahmen seien in ähnlichem Umfang, so dass eine Schiebung der Maßnahme an der Turn- und Festhalle nicht nötig sei.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Bau der Brücke beim Haldenhof soll 2008 veranschlagt werden, der Ausbau der Bergstraße im Gegenzug erst im Jahr 2009.

OB Dr. Zinell:

verweist darauf, dass mit dem Vorziehen der Haldenhofbrücke auch die Herstellung des Weges in den Folgejahren vorgezogen werden müsse.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorziehen der Folgemaßnahmen zu.

StR Roth:

Er sei froh darüber, dass die Planungsaufwendungen für das Baugebiet „Holderstauden/Seele“ in Höhe von 38.000,- € in das Jahr 2008 vorgezogen würden. Konsequenterweise müsste man dann allerdings auch die Bauausgaben in das Jahr 2009 vorziehen und die dort veranschlagten Mittel aufstocken.

OB Dr. Zinell:

schlägt vor, die Ansätze zu belassen. Er werde vorschlagen, im Jahr 2008 eine Klauertagung des Gemeinderates zu veranstalten, um Prioritäten für die Jahre 2009 ff festzulegen. Der Gemeinderat sei frei, 2009 Projekte abweichend von der mittelfristigen Finanzplanung zu veranschlagen.

Der Gemeinderat stellt den Haushalt 2008 mit den obigen Änderungen einstimmig fest.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 83

Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung – Wirtschaftsplan 2008

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 179/2007

Herr Uwe Weisser:

verweist darauf, dass es auf Seite 20 der Vorlage Änderungen gegeben habe. Er teilt ein Korrekturblatt aus.

StR Flaig:

verweist darauf, dass das Rechnungsergebnis 2006 einen Verlust von ca. 1.000,-- € ausgewiesen habe. Für 2007 habe man mit einem Verlust von 94.000,-- € gerechnet und für 2008 rechne man nun mit einem Verlust von gar 102.000,-- €.

Herr Uwe Weisser:

Nach der derzeitigen Entwicklung werde man auch 2007 wieder eine schwarze Null erreichen. Er verweist darauf, dass sich einige Positionen verschoben haben. So sei ein Betrag von 24.000,-- € für den Imageprospekt - Teil „Wirtschaft“ in 2007 eingeplant worden. Die Umsetzung habe sich verzögert. Man habe diesen Aufwand 2008 neu verplant. Er verweist im Übrigen auf die Entwicklung der Betriebskosten insbesondere für den BgA H.A.U..

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Wirtschaftsplan 2008 wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 13. Dezember 2007**

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 84

Eigenbetrieb Spittel-Seniorenzentrum – Wirtschaftsplan 2008

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 180/2007

Der Gemeinderat beschließt ohne weitere Beratung einstimmig:

Der Wirtschaftsplan wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 85

Neukalkulation Abwassergebühr zum 01.01.2008 und Änderung der Abwassersatzung

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 189/2007

StR Banholzer:

verweist darauf, dass aus der Beratung im AUT noch eine Antwort auf seine Frage offen stehe. Auf Seite 4 der Vorlage seien Prozentsätze für die Straßenentwässerung enthalten, die bei der Berechnung auf Seite 17 nicht mehr in gleicher Höhe auftauchen. Die dortigen Prozentsätze seien so nicht nachvollziehbar.

Herr Kälble:

Der dort enthaltene Prozentsatz von 23,76 % sei ein sog. gewichteter Anteil.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat beschließt die unter Pkt. 3.2 der Vorlage Nr. 189/2007 aufgeführten Abwassergebühren.
2. Die Gebührensätze treten zum 01. Januar 2008 in Kraft.
3. Die in der Anlage 2 zur Vorlage Nr. 189/2007 beiliegende Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung wird beschlossen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 86

Eigenbetrieb Stadtwerke e.K. – Wirtschaftsplan 2008

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 190/2007

Der Gemeinderat beschließt ohne Wortmeldung einstimmig:

1. Der Gemeinderat stimmt der Anpassung der Eintrittspreise für die Sauna Ten-
nenbronn und die Sauna Sulgen auf 8,50 € für Einzeleintritte und 68,-- € für die
Zehnerkarte zu.
2. Der Wirtschaftsplan wird in der vorgelegten Fassung genehmigt. Gleichzeitig
werden die Sachentscheidungen für die vorgesehenen Maßnahmen getroffen.
Davon ausgenommen sind Maßnahmen, für die ein Zuschussantrag gestellt wird
oder wurde.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 87

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung)

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 191/2007

OB Dr. Zinell:

referiert den Beschluss aus der Vorberatung im AUT. Der Gemeinderat habe bei der Festelegung des öffentlichen Interesses ein Ermessen. Wenn von der Möglichkeit, dieses auf 5 % zu reduzieren nicht Gebrauch gemacht werden sollte, könne dies zum Nachteil gereichen, wenn es um die Beantragung staatlicher Zuweisungen gehe. Die Förderstelle könne dann möglicherweise darauf verweisen, dass die Stadt zunächst ihre eigenen Möglichkeiten ausschöpfen solle. Derzeit spiele das keine Rolle, weil die Stadt aufgrund der Finanzsituation nicht mit solchen Zuschüssen rechnen könne. Im Übrigen sei es der Stadt natürlich dann möglich, durch Satzungsänderung den Anteil zu reduzieren. Im Weiteren verweist er auf § 21 des Satzungsentwurfs (Selbständige Erschließungsanlagen). Hier sei in den bisherigen Beratungen möglicherweise ein falscher Eindruck entstanden. Die Stadt habe ein Ermessen, ob man für diese Anlagen einen Erschließungsbeitrag erhebe. Wenn man dies so festlege, wie im Entwurf vorgesehen, müsse man dann im Einzelfall auch erheben. Für die Zuordnungssatzung sei dann lediglich zu klären, inwieweit die Anlage diesem Gebiet diene. Wenn der Abwägungsprozess ergebe, dass die Anlage dem Gebiet diene, bestehe eine Verpflichtung zur Erhebung. Die Regelung sei in absehbarer Zeit für die Stadt Schramberg aber praktisch nicht von Bedeutung.

StR Himmelheber:

wendet sich gegen den Vorschlag des AUT, das öffentliche Interesse weiter bei 10 % zu belassen. Man solle dieses mit 5 % bewerten und sich an das halten, was auch in der Umgebung Praxis sei.

StR Banholzer:

Die Stadt sollte nicht immer das ausschöpfen, was möglich sei. Man solle nicht mit der einen Hand Familien fördern wollen und mit der anderen Hand den Vorteil wieder abschöpfen.

StR Richter:

verweist darauf, dass mit dieser Regelung alle gefördert würden. Es handle sich um ein Scheinargument.

StR Fahrner:

widerspricht dem. Es sei kein Scheinargument. Der Gemeinderat bestimme über die Form der Erschließung und solle sich daher auch in angemessener Form an den entstehenden Kosten beteiligen. Derzeit könne man es sich leisten, von einer

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 87, Seite 2

Reduzierung auf 5 % abzusehen. Wenn die Finanzsituation wieder schlechter sei, müsse man ggf. anders entscheiden.

OB Dr. Zinell:

hält die Argumentation für absurd. Auch bei anderen Abgaben könnten die Betroffenen nicht mitbestimmen.

StR Banholzer:

hält die Argumentation von StR Fahrner nicht für absurd. Er verweist auf das Beispiel Haldenhof. Man habe dort Bäume mit einer bestimmten Größe gepflanzt. Wenn man andere Bäume gepflanzt hätte, hätte man die Erschließung günstiger erreichen können.

OB Dr. Zinell:

verweist auf die Verpflichtung der Stadt zum ökologischen Ausgleich.

StR Neudeck:

Man sollte bei der ganzen Diskussion nicht den Vorteil der Neuregelung vergessen. Die Regelung über die Beitragspflicht bei Eckgrundstücken sei modern. Sie helfe Verunsicherung und Ungerechtigkeit zu vermeiden.

StR Bauknecht:

ist der Auffassung, dass beim Baugebiet Haldenhof der gleiche ökologische Erfolg auch mit kleineren und damit günstigeren Bäumen zu erreichen gewesen wäre.

StR Kuhner:

verweist auf das Beispiel Haldenhofbrücke. Hier bestimme der Gemeinderat, wie die Brücke aussehen soll. Man habe zu Recht gewisse gestalterische Vorstellungen. Zur Erschließung wäre allerdings auch eine weniger aufwändigere Brücke ausreichend.

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich:

1. Der Gemeindeanteil wird auf 10 % festgesetzt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

2. Für Sammelstraßen, Sammelwege, Parkflächen, Grünanlagen, Kinderspielplätze und Lärmschutzanlagen werden Erschließungsbeiträge erhoben. Der Umfang ergibt sich aus dem der Vorlage Nr. 191/2007 beiliegenden Satzungsentwurf.
3. Mehrfach erschlossene Grundstücke werden lediglich für die erste sie erschließende Erschließungsanlage beitragspflichtig.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 87, Seite 3

4. Die in der Anlage zur Vorlage Nr. 191/2007 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) wird mit der unter Ziff. 1 beschriebenen Änderung beschlossen.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 88

Bebauungsplan „Erweiterung/Änderung Stadtpark-Sonnenberg“ mit Umweltbericht

- **Aufstellungsbeschluss**
- **Änderung FNP 98 der VVG Schramberg**

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 192/2007

OB Dr. Zinell:

verweist darauf, dass es hier um den Aufstellungsbeschluss gehe und nicht um die Festlegung von Details. Er verweist auch darauf, dass die Bürger mehrfach noch die Möglichkeit hätten, sich einzubringen. Er selbst und wohl auch Gemeinderäte seien bereits von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden.

StRin Much:

gibt die Anfrage eines Bürgers weiter, die das Ziel hat, die Spielstraße zu belassen.

OB Dr. Zinell:

Dies sei eine denkbare Lösung. Er habe ebenfalls mit dem Bürger gesprochen, der diese Anfrage gestellt habe und zugesagt, dass der Vorschlag geprüft werden müsse. Inhaltlichen Fragen seien aber erst Gegenstand des folgenden Verfahrens.

StR Bauknecht:

verweist ebenfalls darauf, dass es noch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft gebe.

StR Dr. Bett:

fragt an, mit welchen Planungskosten die Verwaltung rechne.

Herr Rosenbohm:

Die Größenordnung belaufe sich wohl auf 50.000,-- bis 60.000,-- €.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Für das Gebiet „Erweiterung/Änderung Stadtpark-Sonnenberg“ wird ein Bebauungsplan mit Umweltbericht in der Abgrenzung lt. Übersichtsplan von 14.11.2007 (Anlage 2 zur Vorlage Nr. 192/2007) aufgestellt.
2. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird in Form einer öffentlichen Versammlung durchgeführt.
3. Der FNP 1998 der VVG Schramberg wird im Bereich Stadtpark-Sonnenberg entsprechend dem Übersichtsplan vom 15.11.2007 im Rahmen der 7. punktuellen Änderung fortgeschrieben (Anlage 1 zur Vorlage Nr. 192/2007).

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 89

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten Rottweil und Schramberg

Herr Wilsch:

bewertet die bisherige Zusammenarbeit. Man habe gemeinsam einen sehr engen Personalbestand mit insgesamt 2,5 Stellen. Sonderprüfungen hätten zurück gefahren werden müssen. Ohne die Routine der Prüfer wäre ein solches Experiment nicht möglich. Die Rückmeldungen von Oberbürgermeister, Gemeinderat, Verwaltung und Eigenbetrieben zeigen eine Zufriedenheit mit Quantität und Qualität. Anhand einer Präsentation zeigt er die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes.

OB Dr. Zinell:

zeigt sich mit der Arbeit der Prüfer sehr zufrieden. Die Kontakte, insbesondere zwischen Frau Penning und dem Rechnungsprüfungsamt in Rottweil, seien reibungslos. Er zeigt auf, dass das Rechnungsprüfungsamt in Rottweil auch federführend in Projektarbeit bei der Stadt Schramberg einbezogen sei.

StR Fahrner:

zeigt sich ebenfalls zufrieden und bedankt sich für das Engagement der Prüfer. Er verweist auf die wichtige Bedeutung des Rechnungsprüfungsamtes, das für eine kostenbewusste Arbeitsweise der Verwaltung stehe.

StR Flaig:

Es mache ihn nachdenklich, dass die Arbeit in dieser Konstellation nur machbar sei, weil die handelnden Personen über sehr viel Routine verfügten. Er bitte auch hier um kritische Anmerkungen, wenn es Probleme gebe.

Herr Wilsch:

Bis jetzt könne die Arbeit geleistet werden. Manchmal sei es sicherlich so, dass man auch etwas tiefer einsteigen wolle und dies aus Kapazitätsgründen nicht könne. Der gesetzliche Rahmen sei allerdings eingehalten. Das Sahnehäubchen sei allerdings nicht zu leisten.

StR Himmelheber:

Die Präsentation von Herrn Wilsch habe gezeigt, dass man in Rottweil und Schramberg mit der Hälfte des Personalbedarfs auskommen müsse, der nach den Erfahrungswerten notwendig sei. Er will wissen, wie man das in Rottweil sieht.

Herr Wilsch:

verweist darauf, dass überall im Land bei den Rechnungsprüfungsämtern eingespart wurde. Im Moment sei das Aufgabenpensum noch zu schaffen.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 13. Dezember 2007**

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 90

Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebes Stadtwerke Schramberg e.K.

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 203/2007

Herr Wilsch:
erläutert die Vorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 13. Dezember 2007**

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 91

Prüfungsbericht und Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebes Spittel-Seniorenzentrum

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 204/2007

Herr Wilsch:
erläutert die Vorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 92

Förderung der Teilnahme an Mittagessen im Rahmen der Ganztagsbetreuung an Schulen - Antrag ödp/Buntspecht

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 205/2007

OB Dr. Zinell:

Er sehe den Antrag als Prüfungsauftrag, weil eine Summe nicht benannt sei und auch nicht zu benennen sei. Es sei ebenfalls zu berücksichtigen, dass der Bedarf möglicherweise über Sozialhilfe abzudecken sei. Zudem verweist er auf Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden über die Kostentragung. Weiter gebe es in Schramberg eine private Initiative, die eine Fondslösung prüfe, um hier unterstützend tätig zu werden.

StR Himmelheber:

erläutert den Antrag. Er berichtet über Gespräche mit der Schulleitung der Graf-von-Bissingen-Schule. Ideal wäre aus Sicht der Schulleitung, Mittagessen völlig kostenlos abzugeben. Er versucht den Betrag abzuschätzen und benennt Beispiele in Brandenburg, wo Essen kostenlos ausgegeben wird.

StRin Much:

Die SPD-Fraktion begrüße den Antrag. Sie werde im Januar einen Antrag auf einen umfassenden Schramberger Familienpass stellen. Sie erläutert eine solche Einrichtung am Beispiel von Böblingen und Dormagen.

StR Flaig:

Die CDU unterstützte dieses grundsätzliche Anliegen und bittet ebenfalls um Prüfung, insbesondere auch der von OB Dr. Zinell angesprochenen Punkte.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Beim gemeinsamen Mittagessen im Rahmen der Ganztagsbetreuung soll eine Lösung gesucht werden, die es auch armen Familien ermöglicht, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 13. Dezember 2007**

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 93

Umbau „Alte AOK“ zur Ganztagschule – Abrechnung

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 196/2007

Der Gemeinderat beschließt im Wege der Offenlegung:

Die Abrechnung der Baumaßnahme „Alte AOK“ wird zur Kenntnis genommen.

STADT SCHRAMBERG

**Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates
am 13. Dezember 2007**

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 94

Einwohnerfragestunde

Hier wird das Wort nicht gewünscht.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 95

Abschlagszahlungen an Träger von Kindergärten - Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

Beratungsgrundlage Vorlage Nr. 210/2007

Herr Kammerer:
erläutert die Vorlage.

OB Dr. Zinell:
erläutert nochmals Ursachen. Nach Gesprächen mit den Betroffenen gehe er davon aus, dass in den kommenden Jahren ein früherer Abgleich möglich sei. Für das Haushaltsjahr 2008 müsste der eingestellte Ansatz ausreichen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Bei der Haushaltsstelle 1.4640.7000 – Zuschüsse für kirchliche Kindergärten – wird im Haushaltsjahr 2007 eine überplanmäßige Ausgabe von 104.042,-- € genehmigt. Dieser Betrag wird noch 2007 an die Kirchengemeinden ausbezahlt.
2. Den kirchlichen Kindergartenträgern wird schriftlich mitgeteilt, dass sie die für ein Haushaltsjahr erwarteten Zuschüsse zur Deckung der Betriebsausgaben bis spätestens 31. Juli des Vorjahres der Stadtverwaltung mitzuteilen haben. In diesem Fall können die Mittelanmeldungen beim städtischen Haushalt Berücksichtigung finden.

STADT SCHRAMBERG

Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderates am 13. Dezember 2007

Anwesend: Vorsitzender und von 32 Stadträtinnen und Stadträten 29

§ 96

Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen

1 Shared space

StR Dr. Kügler:

verweist auf einen Antrag der SPD-Fraktion und fragt nach dem Stand der Dinge.

2. Überörtliche Prüfung der Gemeinde Tennenbronn für die Haushaltsjahre 2004/2005

Herr Wilsch:

gibt das Ergebnis der Prüfung des Landratsamts Rottweil bekannt.

3. Jahresrückblick

OB Dr. Zinell:

gibt einen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr und bedankt sich bei Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft.